

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1918**

238 (24.5.1918) Abendblatt

# Badischer Beobachter

Abendblatt

Anzeigenpreis:

Die achtw. Kolonzeitung 25 Pf. Bekanntheit 1.20, je mit 20% Teuerungszuschlag. Bei Wiederholung Nachschlag nach Tarif. — Aufträge vermitteln alle Anzeigen-Expeditionen. — Schluss der Anzeigenannahme norm. 1/8 Uhr bzw. nachm. 1/3 Uhr.

Postfach: Karlsruhe 4844

**Bezugspreis vierteljährlich:**  
In Karlsruhe durch Träger Mt. 4.25;  
In d. Geschäftsstellen monatl. Mt. 1.10  
(d. d. Geschäftsstellen monatl. Mt. 1.10)  
auswärts (Deutschland) durch die  
Post Mt. 4.70 ohne Beleggeld; für  
Österreich-Ungarn, Burenburg, Belgien,  
Holland, Schweiz bei den Postämtern  
übliches Ausland Mt. 12.—  
Fernsprecher Nr. 535

Notationsdruck und Verlag der Badenia A.-G. für Verlag und Druckerei  
Karlsruhe, Mierstraße 42, Albert Hofmann, Direktor

Erscheint an allen Werktagen in zwei Ausgaben  
Vollagen: Je einmal wöchentlich die Unterhaltungsblätter „Sterne und Blumen“,  
„Blätter für den Familienkreis“ und „Blätter für Haus- und Landwirtschaft“

Verantwortlich für deutsche und badische Postzeitung: T. G. Meyer;  
für den übrigen redaktionellen Teil: Franz Bahl; für Anzeigen und Bekanntheit:  
A. Hofmann, sämtlich in Karlsruhe.

## Tagesbericht vom Großen Hauptquartier.

Großes Hauptquartier, 24. Mai. (W.Z.V. Amtlich.)

### Westlicher Kriegeschauplatz.

Die Lage ist unverändert. Im Kemmelgebiet beiderseits der Lys und der Scarpe, südlich von der Somme, sowie zwischen Moreuil und Montdidier lebte der Artilleriekampf am Abend auf und war auch während der Nacht lebhaft. Die Infanterietätigkeit blieb auf geringem Niveau beschränkt. Einige Unternehmungen südwestlich von Nequoy und an der Oise brachten Gefangene ein.

### Der Erste Generalquartiermeister: Lebensrück.

Der Erste Generalquartiermeister: Lebensrück.

### Wer schafft Kleinhäuser mit Gärten?

Von Dr. Karl Wittel, Karlsruhe.

Für den Wiederaufbau der deutschen Volkstrait nach diesem Krieg bleibt erste Voraussetzung: gesunde Wohnungsverhältnisse. Vor allem für die linderreichen Familien und die heimkehrenden Krieger.

Eine gründliche Verringerung unserer bestehenden Wohnungsverhältnisse wird somit zwingende Notwendigkeit. Um die Zukunft unseres Volkes willen muß die heute im Volke lebende Sehnsucht nach Heimstätten in möglichst großem Umfang verwirklicht werden.

Jetzt oder nie ist die Gelegenheit zu einer tief einschneidenden Umgestaltung unserer ganzen Wohnungs- und Siedlungsverhältnisse auf dem Wege möglichst weitgehender Zentralisation der noch ungenutzten Flächen für die kommenden Geschlechter! jagte Prof. Dr. C. Z. Fuchs in Vorträgen vor einiger Zeit ganz richtig.

Wie die Ende Mai stattfindende Wohnungshebung in Baden beweisen wird, ist mit einem außerordentlichen Bedarf an neuen Wohnungen zu rechnen. Die während des Krieges vier Jahre stillliegende Bautätigkeit ist nachgeholt; das sind schätzungsweise 15-20 000 Wohnungen.

Sorgen wir dafür, daß der größte Teil dieser Wohnungen in Kleinhäusern mit Gärten untergebracht wird und daß nicht in den großen Städten Mietskasernen mit ihrem zur Genüge bekannten Wohnungselend entstehen. Die gesamte Kleinhäuserbautätigkeit auf das Kleinhäuser einzuwirken ist möglich, wie das großartige Beispiel, das Mannheim im Geben wird, beweist.

Bei der außerordentlich ungenügenden Lage auf dem Bauplatz wird sich die private Bautätigkeit in den ersten Jahren nach dem Kriege sich wohl kaum in nennenswertem Umfang an der Neubautätigkeit beteiligen können. Es entsteht daher die ebenso dringliche wie schwierige Frage: Wer wird jetzt und sofort nach dem Kriege bauen? Zum Teil werden wohl die Gemeinden selber in der Neubautätigkeit tätig zu sein haben. Vor allem aber wird man gemeinnützige Organisationen gründen — oder bestehende ausbauen — müssen, damit diese ohne Gemeinnützigkeit bauen. Auch in Baden werden solche Organisationen jetzt schon in großem Umfang vorbereitet. In Mannheim z. B. eine gemeinnützige Siedlungsgesellschaft, die mit etwa 20 Millionen Mark ausgestattet werden und die über 1000 Kleinhäuser mit etwa 4000 Wohnungen im Stadtbezirk Mannheim erstellen soll. In anderen Städten beschäftigt man sich mit der Gründung von Baugenossenschaften, die schon vor dem Kriege die Probleme des Kleinhäuserbaues waren, wie er jetzt in großem Umfang zur Ausführung kommen soll. In etwa 15 badischen Gemeinden werden zur Zeit neue Baugenossenschaften unter Beteiligung der Gemeindegliederung — vor allem aber der Gemeindevorstände, der Industrie und des Handels, ins Leben gerufen. Solche Baugenossenschaften sollen allerorts bestehen, um eine auf Gewinn verichtende Bautätigkeit zu ermöglichen.

Den gemeinnützigen Baugenossenschaften, die vor dem Kriege in der gesamten Neubautätigkeit eine nicht sehr erhebliche Rolle spielten und in der Hauptsache sich der Verringerung der Wohnungsverhältnisse linderreicher Familien angenommen haben, wird nun eine ganz neue Rolle zugeteilt. Sie werden mehr oder minder die Hauptträger der Neubautätigkeit während der Zeit der schwierigen Uebergangswirtschaft im Wohnungswesen sein müssen! Hierzu ist es nötig, daß für sie von Reich und Staat wie von den Gemeinden und anderen Körperschaften eine ganz erhebliche Unterstützung geleistet wird, die es allein möglich macht, daß die Neuaufgabe von der gemeinnützigen Bautätigkeit übernommen werden kann. Es ist erforderlich, zu sehen, wie die Öffentlichkeit sich mehr und mehr dieser Pflicht bewusst wird und die selbstlosen Unternehmungen, die Gewähr dafür bieten, daß die Gemeinwesen Mittel restlos und dauernd der Allgemeinheit zugewandt werden, alleseitige Unterstützung erhalten. Forderer doch der Reichstag vor wenigen Tagen 500 Millionen, zunächst zu Zwecken der Wohnungsfürsorge. In gleicher Weise sehen wir die Bundesstaaten bemüht, erhebliche Geldmittel zur Verfügung zu stellen, um die Neubautätigkeit — und zwar vor allem in Form des Kleinhäuser — zu fördern.

Und unser badischer Staat hat hervorragende Maßnahmen eingeleitet, die vorbildlich sind. Ich erinnere nur an das den Landständen vorgelegte

Geleit über „Wohnungsnachweise mit Meldebewang“, an die verschiedensten Klassen des Militärs des Innern, an die tatkräftige Mithilfe bei der Gründung des „Baubundes“ und schließlich an die Uebernahme von Hypotheken-Bürgschaften im vorläufigen Betrag von 7 1/2 Millionen Mark.

Die Verhandlungen in den badischen Kammern waren durchaus von dem Ernst der Lage getragen. Und wenn der Berichterstatter Dr. Schöfer (Zentr.) seinerzeit im Februar bemerkte, daß man nur bedauern könne, daß die Finanzverhältnisse dem Staat nicht eine intensivere Unterstützung erlaubten und daß das Allermeiste noch zu tun bleibe, so jagt das, von welcher hohen Verantwortung vor der Größe der Aufgaben hier die Vollstreckung durchzuführen sind. Leider sind auch heute noch nicht die großen Geldmittel des Staates bereitgestellt, welche notwendig sein werden, um die Wohnungsfrage befriedigend zu lösen.

Vor allem sei hier auf die mehrfach erhobene Forderung hingewiesen, daß vonseiten des badischen Staats mindestens 1 Million Mark bereitgestellt werden sollten, um Geschäftsanteile der gemeinnützigen Baugenossenschaften zu übernehmen. Am 15. Mai wurde auch in der Zweiten Kammer selbst von Abgeordneten des Zentrums, der Nationalliberalen, der Fortschrittler und der Sozialdemokraten ein gemeinsamer diesbezüglicher Antrag gestellt, nach welchem die Regierung erjucht wird, den Baugenossenschaften als Mitglied beizutreten und von diesen Geschäftsanteile von 1 Million Mark zu übernehmen. Der Abg. Köhler (Ztr.) bemerkte ganz richtig bei den Verhandlungen: „Wir haben bedauert, daß infolge der Zurückhaltung des Finanzministeriums es nicht möglich ist, daß der badische Staat, ähnlich wie es der preussische Staat und Bayern tut, sich mit Anteilen an den gemeinnützigen Baugenossenschaften beteiligt. Ich glaube, es hätte möglich werden müssen, hier Mittel zur Verfügung zu stellen. Bei einem so umfangreichen Etat, wie wir ihn haben, müßte es gelingen, auch hierfür noch einige Millionen freizumachen dadurch, daß man die Geldbewilligung für minderwertige Maßnahmen eben entsprechend kürzt. Man spricht so viel von dem Bevölkerungsproblem, aber mit Neben allein werden wir es nicht lösen, nur ein energisches Handeln kann zum Ziele führen.“

Genau wie der Abg. Hartmann (Ztr.) in der Budgetkommission darauf hin, daß man es in weiten Kreisen der Bevölkerung begrüßt hätte, wenn auch die badische Regierung Mittel zur Verfügung gestellt hätte, die es ermöglichen, daß der badische Staat sich aktiv an gemeinnützigen Baugenossenschaften beteiligen würde. Er glaubte, die direkte Beteiligung des Staates an den gemeinnützigen Baugenossenschaften hätte eine viel stärkere Förderung unserer Kleinhäuserbaues, überhaupt eine Förderung unserer gemeinnützigen Baugenossenschaften gebracht, und das wäre sehr zu begrüßen und zu wünschen gewesen.

Auch unsere badische gemeinnützige Siedlungsgesellschaft, der „Baubund“, ist noch nicht mit den Mitteln ausgestattet, die er notwendig hat, um die auf ihn gesetzten Erwartungen erfüllen zu können. Auch hier dürfte der Forderung, die Beteiligung des Staates von 100 000 Mark auf 1/2 Million zu erhöhen, wie sie von den vereinigten Gewerkschaften erhoben worden ist, durchaus zugestimmt sein.

Als zweite Hauptforderung, um den geeigneten billigen Boden für Kleinhäuser mit Gärten zu beschaffen, sieht der alsbaldige Ausbau unseres badischen Enteignungsgesetzes. Zu einem Gutachten an das Ministerium des Innern hat der „Landeswohnungsverein“ brauchbare Einzelvorschläge für die Vereinfachung und Abkürzung des Abtreibungsverfahrens und eine Verringerung des Enteignungsverfahrens gemacht.

Ohne Erfüllung dieser zwei Hauptforderungen: nach Geld und Boden, ist keine Möglichkeit zu sehen, daß die Frage des Wohnungsbauwesens befriedigend gelöst wird. — Unsere badische Bevölkerung leidet während des Krieges außerordentlich unter ungenügenden Wohnungsverhältnissen und Mietssteigerungen, die sich an Tage der Heimkehr der Soldaten zu einer nie dagewesenen Wohnungsnot zu steigern drohen, wenn nicht außerordentliche Hilfe ausgedehnt wird. Möge in Baden eine Gründung der Wohnungsverhältnisse durch Erstellung von Kleinhäusern mit Gärten in größtem Umfang kommen und mögen an der Errichtung dieser „Volk- und Kriegereimstätten“, die am zweckmäßigsten nach Lage der Dinge, wie wir sehen von gemeinnützigen Baugenossenschaften mit öffentlicher Unterstützung erfüllt werden können, das Reich, der Staat und die Gemeinden mit vorkäuflich gesinnten Einzelpersonen zusammenarbeiten, um diese für unsere Volksgemeinschaft entscheidende Frage glücklich zur Lösung zu bringen.

Englischen Zeitungen ihren Ursprung fügen müssen. Zum erstenmal erschien am 4. Mai Daily News in einem kleinen Format und war in einem Bogen. Der Verlag erklärt die Papierknappheit mit Mangel an Schiffen, die zum Transport von Lebensmitteln und Truppen nötig seien. Lebensmittel aber, wenigstens was Fleisch betrifft, sind ebenso knapp vorhanden wie Papier. Der Stadtverordnete Wyle führte am 15. April auf einer Versammlung der Handelskammer in Birmingham aus: „Die Einschränkung der Fleischration kann ernste Folgen haben.“ Abgeordnete aus Industriebezirken, besonders die Vertreter der Mähtungsarbeiter, haben erklärt, daß die pro Kopf und Woche aufzubringende Fleischmenge im Wert von 35 Pf. für die Arbeiter völlig unzureichend sind.“ Die heimischen Lage der englischen Pferde schilbert der Generaldirektor Fairbairne vom Kal. britischen Tierzüchtereiverband in einer Zuschrift an die Times vom 3. Mai. Darin heißt es wörtlich: „Durch Unterernährung und Ueberarbeitung stehen unsere Land- und Stadtpferde dahin. Viele von ihnen hungern sich zu Tode, denn das Futter ist schlecht. Auf einigen Geflütteln steigt die Sterblichkeitsziffer um das Doppelte. Sie beträgt jetzt 50 Prozent.“ Alle Ereignisse sind auf die rohstoffverfügbare Wirkung des U-Bootskrieges zurückzuführen.

## Bulgarischer Kriegsbericht.

Sofia, 24. Mai. (W.Z.V.) Amtlicher Bericht vom gestern: Mazedonische Front: Westlich vom Stryda-See wurden französische Kompanien, die sich unseren Posten südlich vom Dore Somche zu nähern versuchten, durch Feuer vertrieben. Griechische Odrida- und Propso-See war die beiderseitige Feuerartigkeit lebhaft. Unsere Sturmtruppen drangen in feindliche Stellungen westlich vom Propso-See ein und brachten einige französische Gefangene zurück. Nördlich von Bitolia, im Grenzbezogen-Vogel, südlich von Suma bei Doiran nahen die beiderseitige Artillerietätigkeit zeitweise zu. Südlich vom Doiransee verfrachten wir eine verstärkte englische Abteilung. In der Gegend von Bitolia haben deutsche Flieger drei feindliche Flugzeuge abgeschossen, die vor unserer Stellungen abstürzten und durch unser Artilleriefeuer zerstört wurden.

## Verschiedene Kriegsnachrichten.

### Die Fliegerangriffe auf offene Städte.

Berlin, 23. Mai. Eine Reichstagsanfrage, wie feindliche Fliegerangriffe auf offene Städte außerhalb der Kriegszonen verhindert werden könnten, ist auf Grund eingehender Prüfung von Reichskanzler dahin beantwortet worden: „Durchaus sichere Mittel zur Verhinderung von Luftangriffen gibt es nicht; in erster Linie steht eine gute Flugabwehr, sodann die Drohung mit Vergeltungsflügen gegen die feindlichen Hauptstädte. Nach beiden Richtungen ist die Seeresverwaltung tätig. Nach Zeitungsnachrichten haben sich in der französischen Kammer und ganz besonders im Gemeinderat der Stadt Paris ernste und eindringliche Stimmen für eine Verhängung der kriegsführenden Parteien über die Einstellung von Fliegerangriffen gegen Städte außerhalb des Operationsgebietes erhoben. Zu bestimmten Vträgen von feindlicher Seite hat dies bisher nicht geführt. Sollte dies geschehen, so würden zunächst die militärischen Stellen mit der Prüfung des Antrages befaßt werden.“

### Die Fliegerangriffe auf Paris.

Paris, 24. Mai. (W.Z.V.) Amtlich. Die deutschen Flieger, die an dem zweiten Fliegerangriff in letzter Nacht teilgenommen haben, zählten etwa 30. Sie stießen auf das kräftige Sperrfeuer unserer Geschützbatterien sowie auf unsere Verteidigungsgeschwader, von denen 54 Flugzeuge aufgestiegen waren. Ein einziges Flugzeug des Feindes ist über die Hauptstadt gelangt und hat einige Bomben abgeworfen. Ein Toter und 12 Verwundete sind gemeldet worden. Eine gewisse Anzahl Bomben ist über die Ortsteile der Wanneville von Paris abgeworfen worden. Es hat einige Tote gegeben.

### Zu Lord Cecils Rede.

Berlin, 24. Mai. Zu Lord Cecils Rede über Italiens Leistungen und Ziele heißt es in der Norddeutschen Allg. Zeitung: England verlor mit Geisid gegenüber seinem italienischen Bundesgenossen immer noch dieselbe gewissenlose Politik wie vor dem Eintritt Italiens in den Krieg. Es lockt mit Versprechungen, für die keine tatsächliche Grundlage gegeben ist und die niemals eingelöst werden können. Dem neuerdings den englischen Ministern beliebten Drauche folgend, daß Lord Cecil auch die inneren Verhältnisse der Mittelmächte berührt. Seine Aeußerung, die demokratische Wahlreform in Preußen sei zu einem festen Papier herabgesunken, zeigt erneut, wie wenig die englischen Minister aus ihren bisherigen Mißerfolgen, Unfrieden innerhalb der deutschen Bevölkerung zu erwecken, gelernt haben. Lord Cecil ist ungewißhaft bekannt, wie einmütig alle Verträge Englands, unsere innere Front zu durchbrechen, von dem gesamten deutschen Volk abgelehnt wurden. Auch seine neuen Bemühungen werden von demselben Mißerfolge begleitet sein wie seine früheren. Seine Lockrufe an die slavischen Bewohner des Ostereich-Ungarns, denen er die Freiheit in Aussicht stellt, verfolgen den doppelten Zweck, die Habsburger Mo-

## Zum Deutsch-schweizerischen Wirtschaftsabkommen.

Berlin, 24. Mai. (W.Z.V.) Die Entente verbreitet weiter die abenteuerlichsten Darstellungen über die Vorgeschichte des jetzt unterzeichneten deutsch-schweizerischen Wirtschaftsabkommens. Um den Eindruck zu verwischen, den die brutale französische Einmischung und der dann notwendig gewordene Rückzug Frankreichs hervorgerufen haben, wird der französischen Regierung in dieser Darstellung die Rolle des großmütigen Helfers zugeschrieben, auf die sie in Wirklichkeit nicht den geringsten Anspruch erheben darf. Das immer wieder von französischer Seite hervorgerufene Angebot Frankreichs, der Schweiz 85 000 Tonnen Kohlen zur Verfügung zu stellen, hat nämlich in keiner Weise die Verhandlungen gefördert, sondern sie ohne Rücksicht auf die schweizerischen Interessen empfindlich gestört und erschwert.

Der Sachverhalt ist kurz dieser: Das Angebot Frankreichs erfolgte in dem Augenblick, als der Vertrag zu gut wie fertiggestellt war. Wenn Deutschland auf Wunsch der Schweiz das Angebot Frankreichs berücksichtigt, so geschah dies, weil Deutschland selbstverständlich gern damit einverstanden war, daß auch Frankreich sich für die Kohlenlieferung der Schweiz größere Opfer auferlegte, was Deutschland in die angenehme Lage versetzt hätte, seinerseits auf die Verwendungskontrolle verzichten zu können.

Wie vorauszuweisen war, zog aber jetzt Frankreich sein Anerbieten zurück und versuchte sogar durch Drohungen den ganzen Vertrag zum Scheitern zu bringen. Das dazu bereitete Frankreich hat allerdings nicht die Unterzeichnung des Vertrags verhindert, aber anstatt des am 15. Mai fertig vorliegenden Vertrags mit der auf die französischen Kohlenlieferungen bezüglichen Klausel wurde nunmehr der Vertrag, wie er bereits am 13. Mai vor dem französischen Kohlenangebot in seinen Grundlinien feststand, unterzeichnet.

Das Angebot Frankreichs und die drohende Zurücknahme dieses Angebots hat also weder an der Unterzeichnung, noch an dem Abschluß des Vertrages das geringste geändert. Das französische Angebot hat einfach den Abschluß verzögert und der Schweiz große Schwierigkeiten bereitet. Die in Frankreich so gefeierte „Geste“ war ein Versuch, den Vertrag zum Scheitern zu bringen und die französischen Drohungen, durch die sich die Schweiz nicht einschüchtern ließ, sowie die Zurückziehung des Kohlenangebotes hatten kein anderes Ergebnis, als daß der Vertrag dann ohne die für die Schweiz so wichtige 85 000 Tonnen-Klausel, aber genau so wie er vor dem Angebot ins Auge gefaßt worden war, unterzeichnet wurde.

## Die Beratungen der Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine.

Wien, 24. Mai. (W.Z.V.) Unter überaus zahlreicher Beteiligung von hervorragenden Vertretern der Volkswirtschaft aus dem Deutschen Reich, aus Ungarn und aus Oesterreich nahmen gestern die für zwei Tage in Aussicht genommenen Beratungen der Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine in Deutschland, Oesterreich und Ungarn ihren Anfang. Den Gegenstand der Verhandlungen bildet die Frage der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in den Staaten Mitteleuropas. Einen besonderen Glanz erhielt die Veranstaltung durch die Anwesenheit des Herzogs Ernst Günther zu Schleswig-Holstein. Unter den Gästen aus dem Deutschen Reich befanden sich Geheimrat Julius Wolf und Generalamant des Landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbandes in Berlin, Gennes. Erschienen waren u. a. ferner der deutsche Botschafter Graf Welzel, der ungarische Handelsminister Esterhazy, Eisenbahndirektor Freiherr von Banhaus, Finanzminister Wimmer und der Oberbauminister Sulba Tarouca. Der Vorsitzende, Freiherr von Plener, eröffnete die Sitzung mit einer Begrüßungsansprache. Der Präsident der deutschen Vereinigung, Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, stellte sodann gleich dem Vordredner fest, daß die Vereine keine aggressive Tendenz verfolgen haben und ihr Zweck lediglich in der gemeinsamen wirtschaftlichen Sicherstellung im Ausbau unserer Produktion erblickt werden solle, und erklärte der Redner, wenn der Wirtschaftskrieg aufgenommen werden solle, werde er uns getrieben finden. Wir werden die wirtschaftlichen Beziehungen wenn möglich wieder aufnehmen, die wir im Frieden mit den anderen Staaten gehabt haben und die Oesterreich-Ungarn und Deutschland einen guten Namen auf dem Weltmarkt verschafft haben. (Beifall.) Der Redner sprach schließlich über lebhafter Zustimmung der Versammelten dem Vorsitzenden des Oesterreichischen Wirtschaftsvereins, Freiherr von Plener, dem Ministerpräsidenten Dr. Berekle und anderen Helfern der Vereine seinen Dank aus.

Erkenn...  
einmal  
Sonntags)  
erbreitung  
in  
anq Baden  
3 Monate  
Post.  
1thalbige  
Todes-  
strafe nur  
M.  
Freiburg  
Karlsruhe.

en errichtet

verkauf.

8 Kling, Register, ein  
spieltisch, schönes Ge  
Näh, bei

Orgelbauanstalt  
a. Sec.

Bestellungen

in unserem Blatte  
wir, sich auf den  
beziehen zu wollen.

Erkenn...  
einmal  
Sonntags)  
erbreitung  
in  
anq Baden  
3 Monate  
Post.  
1thalbige  
Todes-  
strafe nur  
M.  
Freiburg  
Karlsruhe.

en errichtet

verkauf.

8 Kling, Register, ein  
spieltisch, schönes Ge  
Näh, bei

Orgelbauanstalt  
a. Sec.

Bestellungen

in unserem Blatte  
wir, sich auf den  
beziehen zu wollen.

